

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag:
Auer Druck- und Verlags-
geschäft m. b. H., Auer.
Eingetragen in das
Königliche Verzeichnisse.
Jahrespreis 1.20 Mk.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk. Bei den Geschäftsstellen abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bezahlt und durch den Postträger abgeholt monatlich 2.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 7.60 Mk., monatlich 2.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegblätter, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepostens Postzeitung oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Anzeigensätze für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 150 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt. Anzeigensätze die 1/10 des Tages um 1/10 billiger im Vergleich mit dem gewöhnlichen Satz. Nicht gelistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht demnach lesbar ist.

Nr. 44

Montag, den 23. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die säkularisierte Regierung verlangt für die Abtretung der Eisenbahnen an das Reich rund 2 Milliarden Mark.

Im Reichsfinanzministerium werden zur Verringerung der schwebenden Schuld Maßnahmen zur Beschleunigung der Einziehung der Steuern erwogen.

Die Nationalversammlung ist für kommenden Donnerstag, den 26. Februar einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Das französische Amtsblatt meldet, daß Senator Raymond Poincaré an Stelle von Jahnart zum Delegierten Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission ernannt wurde.

Ueberschicht!

Die Tatsache, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet auf die Vorstellungen des Reichsfinanzministers Bauer und des Reichsarbeitsministers Schlieke hin den achtstündigen Arbeitstag bewilligen, ist von so großer allgemeiner Bedeutung, daß man auf sie noch einmal in breiterem Rahmen zurückkommen muß. Bauer hat in längerer Darstellung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung verständig auf die günstigen Wirkungen hingewiesen, die der Entschluß der Ruhrarbeiter auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben haben kann, und dem ist an sich nichts zuzufügen. Hier soll auch nur auf die großen Zusammenhänge hingewiesen werden, die angesichts des Jugendschlusses der Ueberschichten durch die Arbeiter im Auge gehalten werden müssen. Es ist immer wieder von neuem festgestellt worden, daß Deutschland weder in außen- noch in innerpolitischer Beziehung aus dem jetzigen nationalen Tiefstand herauskommen kann, wenn bei uns nicht gearbeitet wird. Ungebildete Kritiker der Regierung haben daher auch seit langem nach Gewaltmaßnahmen gerufen, ohne zu bedenken, daß auch die härteste Kraftüberzeugung verpufft oder die äbelsten Folgen mit sich bringt, wenn sie nicht den richtigen Augenblick abwartet. Man stelle sich doch nur einmal vor, was geschehen wäre, wenn die Regierung vor drei, vier Monaten oder gar noch früher mit Gewalt gedroht hätte. Wir haben eben erst erlebt, welche schwere Kämpfe es kostete, um den unabhängigen-kommunistischen Vorstoß mit dem Ziele des Sechsstundentages abzuwehren. Heute hat der Reichskommissar Severing nun erfreulicherweise in der Gesamtsitzung schon soviel Rückhalt, daß er und die Reichsregierung im Namen des deutschen Volkes erklären konnten, das Problem einer verlängerten Arbeitszeit müsse eine günstige Lösung finden, da sonst die Staatsgewalt zu anderen Mitteln zu greifen gezwungen wären. Der radikale Teil der Arbeiterschaft hat das selbstverständlich als unzulässige Drohung aufgefaßt, aber innerhalb der besonnenen Mehrheit ist die Einsicht in die Bedingungen des Wirtschaftsprozesses heute schon soweit vorgeschritten, daß die Dege kein Geheimnis mehr finden. Es sollen und werden Ueberschichten gefahren, und diesem ersten Schritt zur Wiedergesundung werden naturnotwendig weitere folgen. Was solange vergeblich angestrebt worden ist, wurde zur Wirklichkeit, und schon zeigen sich die erwarteten Konsequenzen. Auch unsere Valutanot ist nur aus einem Punkte zu heilen: arbeiten und mehr arbeiten als die anderen. Wenn die neue Einrichtung von Ueberschichten von Dauer bleibt oder gar ausgebaut wird, wenn durch die Zufuhr von Kohlen die große Wirtschaftsmaschine in schnelleren Gang kommt, dann werden auch die deutschen Zahlungsmittel langsam an Wert zunehmen, dann werden sich die Lebensmittel verbilligen, die Lebenshaltung des Einzelnen wird aus dem anormalen heutigen Zustand wieder auf normalere Bahnen gelangen, und die Welt draußen wird erkennen, daß Deutschland sich wieder auf den Weg zurückzufinden beginnt, auf dem man es früher mit Bewunderung und heimlichem Neid in so beschwingtem Schritt hat vorwärts schreiten sehen. Der Regierung wird es also obliegen, den neuen Vertrag mit der Bergarbeiterschaft gegen jede Beeinträchtigung und jeden Stimmungsumschwung zu schützen, damit mit jedem Waggon Kohle, der aus dem Ruhrgebiet abrollt, die Parole ins Land getragen wird, in deren Zeichen allein die Wiederaufrechterhaltung Deutschlands erreicht werden kann: Ueberschicht! Ueberschicht im Arbeitstag jedes einzelnen — eines muß das andere nach sich ziehen, damit gleichzeitig mit dem Mehr an Arbeit auch ein Mehr an Erzeugung erreicht wird, auf dem wir Stufe um Stufe wieder emporsteigen.

Die Ueberschicht im schichtlichen Bergbau.

Die Bergarbeiter des Ougau, Oelsnitzer Kohlenreviers haben sich, wie schon kurz berichtet, mit dem Verfahren einer achten Stunde einverstanden erklärt. Sie wünschen jedoch, daß die Dauer dieses Achtstundentages ausnahmsweise befristet werde. Auch soll die Frage für Ougauer und für Ovidauer Kohlengebiete einheitlich geregelt werden. Eine Konferenz

des alten Bergarbeiterverbandes für Ougau fordert, daß die Regierung auch die übrigen Berufsstände, soweit sie produzieren, auffordert, zur Steigerung der Erzeugung mit beizutragen. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Organisation über noch strittige Fragen sollen sofort eingeleitet werden.

Revision des Friedensvertrages?

Die Westminster Gazette vom 11. Februar 1920 teilt folgendes mit: Berichte aus Paris zeigen, daß das französische Volk schon anfängt, besorgt zu werden, infolge Deutschlands Nichterfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages. Die beiden Hauptklauseln, welche es bisher nicht erfüllt hat, sind diejenigen, welche sich auf Auslieferung der Kriegsverbrecher und die Kohlenversorgung Frankreichs beziehen. Die Frage der Auslieferung haben wir schon zur Geringe besprochen. Was die Kohle anbelangt, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Klauseln, welche sich darauf beziehen, einen der schlechtesten Überlegten Teile des Vertrages bilden. Deutschland vernichtete mutwillig die Kohlenfelder Frankreichs, und es ist unser gutes Recht, Schadenersatz in Waren von ihm zu verlangen. Doch durch den Friedensvertrag verliert es einige seiner besten Kohlengebiete im Saarland, Elsass-Lothringen und Schlesien. Seine Bergleute sind durch Krieg und knappe Rationen erschöpft. Sein Industrieleben hängt zwischen Leben und Tod. Ohne Kohle kann es nicht leben, nicht einmal, um mehr Kohle für Frankreich zu fördern, und mit seiner verminderten Ausbeute und seinen verringerten Kohlenfeldern kann es nicht beide versorgen. nämlich Frankreich zu den festgesetzten Bedingungen und seine eigene Industrie aufrecht erhalten.

Im Anschluß daran sagt die Westminster Gazette: Deutschland hat natürlich den Friedensvertrag unterzeichnet. Selbstverständlich würde es gezwungen worden sein, beinahe jeden Vertrag zu unterschreiben, da es sich den Alliierten nicht länger zu widersetzen imstande war. Aber der Vertrag enthält viele Vorbehalten, besonders diejenigen, welche sich auf Schadenersatz beziehen die zugestandenemmaßen nicht durchgeführt werden können. Er wird wieder durchgeführt werden müssen, und je eher diese Arbeit begonnen wird, desto besser für Europa. Es ist in keiner Weise ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland. Die Sache ist einfach die, daß das wirtschaftliche Leben Europas wieder auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden muß. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages stehen nicht auf derselben. Im übrigen hat Frankreich und Belgien das Recht, sehr erhebliche Summen für verursachten Schaden als Ersatz von Deutschland zu verlangen, und ihre eigenen Interessen in dieser Hinsicht werden durch die falsche Grundlage, auf welcher die gegenwärtigen Berechnungen gemacht werden, geschädigt, und durch den Unterschied zwischen dem, was bestimmt und was möglich ist.

Ein neuer Vorschlag.

Appell an die Wiedergutmachungskommission.

Die deutsche Ständige Valutakommission ersucht die Regierung, auf Grund des Art. 235 des Friedensvertrages ehestens mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgeliefert sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei starker Einschränkung des Konsums unbedingt nötig sind. Das Reich ist durch Abtrennung wertvoller Gebiete, durch Wegnahme der Kolonien, der Raub, des gesamten Vermögens in Ausland, der Schiffe, des Eisenbahnmateri als der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Firmen im Ausland so verarmt, daß ihm ausreichende Mittel für Zahlungen im Ausland nicht mehr zur Verfügung stehen. Noch nie ist nach Niederlegung der Waffen ein Volk wirtschaftlich und finanziell so grausam durch Ausbeutung, Hinrichtungen, Vorenthaltungen und Uebertretungen der Abmachungen bedrückt worden, wie jetzt das deutsche. Seit den Waffenstillstandsverhandlungen, also seit fast 1 1/2 Jahren, ist dem Deutschen Reich jede verständige Finanzierung im Auslande unterbunden. Nach Bergabe des Goldbestandes bis auf eine Milliarde Mark wurden die ausländischen Effekten, die im deutschen Besitz waren, zur Verfügung gestellt. Die Abnahme dieser Effekten wurde in unerhörter Weise verzögert. Ein Teil der Regierung, die die betreffenden Effekten ausgegeben hatten, benutzte die Gelegenheit, um eine verdrückte Verbilligung in ausländischer Valuta zu zahlen, nicht anzuerkennen. Durch Erlös dieser ausländischen Effekten konnten daher im Auslande bisher nur geringe Zahlungen geleistet werden. Eine Verfügung über den Erlös aus den Liquidationen und Sequestrationen war noch nicht möglich, da jede Abrechnung vorenthalten wurde. Zu alledem wurde die Oberhoheit des Deutschen Reiches an den Grenzen ausgeschaltet und die deutsche Regierung mußte mit ansehen, wie gegen ihren Willen Duzen-

waren im Werte von Milliarden Mark ins Land strömten. Die Zahlungen in diesen 1 1/2 Jahren mußten zum wesentlichen Teil durch Verkauf von Reichsbanknoten im Ausland und durch große neue Verpflichtungen in fremder Valuta ausgeführt werden. Der Salutamarkt mußte unter solcher Belastung zusammenbrechen.

Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal beschicken sein soll wie Deutsch-Oesterreich, so müssen ihm aus den geleisteten Versicherungen so viel Aktivita zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigen Nahrungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beträge aufbringen kann. Eine Finanzierung auf anderem Wege ist nicht mehr möglich. Deutschland hat durch seine Uebertretungen seinen festen Willen bewiesen, den Vertrag soweit wie irgend möglich zu erfüllen, und wird dies auch weiter tun. Die Ständige Valutakommission vertraut zuversichtlich darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Erfüllung des Friedensvertrages der deutschen Regierung die jetzt benötigten Summen, wie im Artikel 235 vorgeesehen, freigeben wird. Sie hält sich zu diesem Vertrauen um so mehr für berechtigt, als sie in der Erfüllung ihres Verlangens die Voraussetzung zur Aufrechterhaltung nicht nur des deutschen, sondern auch des Welt-Wechsel-Marktes erblickt.

Die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich.

Bereinigung des Eisenbahn- und Postwesens.

Die Vereinheitlichung des Eisenbahn- und Postwesens ist am Freitag spät abend in der unter Vorsitz Erzbergers abgehaltenen Beratung der Finanzminister der Einzelstaaten beschlossen worden. Die Vereinheitlichung und Bereinigung des Verkehrs sind auf dem Grundsatze aufgestellt, daß für ein besonderer Haushaltsplan neben dem ordentlichen Reichshaushalt aufgestellt werden wird, der an sich balancieren muß und nach dem alle Erträge der Eisenbahn nicht für den übrigen Reichshaushalt, sondern wenigstens für die nächsten 10 bis 20 Jahre zur Wiederherstellung, Verbesserung und Ausgestaltung des Verkehrs selbst wieder verwendet werden. Eine natürliche Folge dieses Grundsatze ist die Unterstellung des ganzen Eisenbahnwesens im ganzen Reich unter das Reichsverkehrsministerium, das damit erst in Wirklichkeit tritt. In München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und in Mecklenburg bleiben die zentralen Verwaltungen, entsprechend umgestaltet, als Außenstellen des Reichsverkehrsministeriums bestehen. Die Abfindung für die Einzelstaaten zugrunde gelegt wird entweder der Betrag des Anlagekapitals zuzüglich der Schulden aus den Kriegsjahren oder der Ertragswert der Eisenbahn im Jahre 1909 bis 1919 multipliziert mit 25, was einer 4prozentigen Verzinsung gleichkommt. Die Eisenbahnen besitzenden Länder haben die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten. Das Reich übernimmt auch, wenn die Länder es wünschen, die Schulden ihrer Eisenbahnen in Anrechnung auf dem Kaufpreis. Die Schulden werden wieder berechnet, als wenn sie zu 4 Prozent verzinst würden. Wenn die Länder ihre Eisenbahnen nach dem Werte des Anlagekapitals an das Reich übergeben, so werden ihnen die Schulden mit 4 1/2 Prozent verzinst. Preußen und Bayern werden ihre Bahnen wahrscheinlich nach dem Ertragswert, die übrigen Länder nach dem Wert des Anlagekapitals auf das Reich übertragen. Die Uebertragung des Postwesens (Bayerisch-Württemberg) erfolgt nach dem Ertragswert. Württemberg erhält 250 Millionen, Bayern 820 Millionen Mark. Die Vereinheitlichung und Bereinigung des Verkehrswesens sollen schon am 1. April dieses Jahres in Kraft treten.

Das Attentat auf Erzberger vor Gericht.

Im Schwurgerichtssaal des Berliner Kriminalgerichts fand am Sonnabend der Prozeß gegen den Führer von Dirksfeld statt, der auf den Reichsfinanzminister zwei Schüsse abgegeben hat. Er ist angeklagt des versuchten Mordes. Es waren ungefähr zwölf Zeugen geladen, darunter Erzberger. Ein Antrag der Verteidiger, an die Geschworenen nach die Frage zu richten, ob nicht einige von ihnen sich durch ihre politische Anschauung betrogen hätten, wurde abgelehnt. Es begann die

Beschreibung des Angeklagten.

Der nach kurzer Schilderung seines Lebenslaufes erklärt, erst durch die Revolution auf die Politik gegangen zu sein. Er hätte durch Verkäufe dieser Zeitungen, sowohl rechts, und linksstehender, sich zu informieren gesucht, aus welchem Anlaß die Revolution entstanden sei, und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Erzberger der Hauptschuldige am Zusammenbruch sei, und daß dieser wesentlich gegen das Volkswohl arbeite. Er habe sich seine Ansicht, daß Erzberger fort müsse, selbstständig gebildet, seine politische Ansicht über Erzberger habe er aus der Schrift „Kaiserreich“ genommen. Die Frage des Vorsitzenden, ob denn nach der Angeklagte das Recht zu haben glaubte, den Minister durch eine Kugel zu beseitigen, bejaht der Angeklagte. Nach längerer Bemerkung erklärte der Angeklagte auf

Wektara Vorhaltungen des Vorsitzenden wiederholt und mit großem Nachdruck, er gebe zu, daß der politische Mord nicht vorkommen dürfe, aber Erzberger solle sich auf die Gewalt und sei auch nur durch Gewalt zu beseitigen. Weiter bekundete der Angeklagte er habe am 26. Januar dem Prozeß beigewohnt. Auch das, was er dort gehört habe, habe ihn in seiner Ansicht, daß Erzberger von der politischen Willkür verschwinden müsse, gestärkt. Als die Verhandlung beendet gewesen sei, sei er sofort auf die Straße gelaufen, sei dort an das Auto herangetreten und habe gefragt: Sind Sie der Herr Minister Erzberger? Hierauf habe er einen Schuß auf die Brust abgegeben, um die Lunge zu treffen, da er als früherer Soldat gewußt habe daß die kleinen Geschosse fast niemals tödliche Lungenschüsse verursachen. Er habe nicht die Absicht gehabt den Minister zu töten, sondern hätte ihn nur für einige Zeit unschädlich machen wollen.

Es folgte hierauf die Vernehmung der Sachverständigen. Geheimrat Dr. Hildebrandt bekundete, daß weder ein Knochen, noch die Lunge verletzt worden sei. Gewehrfabrikant Borella widerlegt die aufgetragene Vermutung, daß aus dem angewandten Revolver schon vor den konstatierten zwei Schüssen noch einer abgeschossen sein könnte. Die darauf als Zeugin benommene Mutter des Angeklagten bekundete, daß man zu Hause keine Wohnung davon gehabt habe, was der Sohn ausführen wollte. Er habe sie die allerbesten Zeugnisse mitgebracht und sei unbedingt wahrheitsliebend, selbst wenn es ihm schädlich sei. Eine Frage des Verteidigers, ob ihr nicht aus allen Kreisen zahlreiche Schreiben zugegangen seien, u. a. von einem Professor aus Heidelberg und einem General, die den Sohn als Held und einen deutschen Mann preisen, bejahte die Zeugin. Geheimrat Medizinalrat Dr. Hoffmann hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht, er sei körperlich zurückgeblieben und auch geistig nicht ganz auf der Höhe. Seine Tat sei die eines Fanatikers, von einer Willensfreiheit bei der Tat im vollsten Sinne könne nicht gesprochen werden. Der Angeklagte sei zwar als minderwertig anzusprechen, jedoch für seine Tat verantwortlich.

Es folgte die Vernehmung einer Reihe von weiteren Zeugen.

Minister Erzberger bestätigte, daß er schon am Morgen nach der Tat seine Geschäfte wieder aufgenommen habe. Auf die Frage des Verteidigers, wie wohl die Krankheitsberichte in die Zeitungen gekommen seien, die das Befinden des Ministers als besorgniserregend bezeichnet hätten, während es sich doch herausgestellt habe, daß die Sache gar nicht so schlimm war, erklärte Erzberger, hierüber nicht unterrichtet zu sein, er wisse nur, daß die beiden behandelnden Ärzte von Vertretern der Presse geradezu überlaufen worden seien.

Das Urteil. Das Urteil gegen den Führer a. D. Otto von Hirschfeld lautet auf gefährliche Körperverletzung unter Jubilation mildernden Umstände, auf 1 1/2 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der ganzen Untersuchungsdauer von 26 Tagen. Der Haftentlassungsantrag wurde mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Kleine politische Meldungen. von Kardorff über die politische Lage. In den Kammerreden in Berlin hielt am Donnerstagabend der deutschnationalen Abgeordnete von Kardorff eine

Rede über die politische Lage. Sie enthielt eine Fülle von Bemerkungen, die von dem, was wir sonst von der Rechten zu hören gewohnt sind, erheblich abweichen und von der Versammlung auch nicht widerspruchslos aufgenommen wurden. v. Kardorff trug u. a. folgende bemerkenswerte Sätze vor: Die außenpolitische Lage ist so schwierig, daß die Regierung vor den schwersten Aufgaben steht, deren Lösung auch einer deutschnationalen Regierung äußerst schwer wäre. In der Auslieferungstrage müssen wir der Regierung den Rücken stärken. Jetzt und in Zukunft ist es eine Regierung ohne sozialdemokratischen Einfluß unmöglich. Unsere Politik vor dem Kriege ist bodenlos leichtfertig gewesen. Der Krieg ging verloren infolge schwerer und großer militärischer Fehler, namentlich zu Beginn des Krieges. Wir haben uns bei Ypern und vor Verdun verblüht. Wir hatten eine völlig ungenügende Etappe. Man hat uns nicht die Wahrheit gesagt. Das Wort von der Erdölung der Front durch die Heimat ist nicht richtig. Ich weiß, welche Befallsströme ich hier entfesseln würde, wenn ich mich antisemitisch geben würde. Ich tue das nicht, weil es meiner Überzeugung widerspricht. Das Kaiserium muß wiedererrichtet werden. Ein Kaiserium hinter Stacheldrahtgittern und Maschinengewehren wollen wir aber nicht. Die Monarchie muß unter allen Umständen die freiwillige Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Ich rufe nicht auf zur Rache, zur Irredenta, aber wir wollen wieder ein freies Volk werden. (Der von Kardorff bezeichnet sich damit im allgemeinen zu den Grundfragen der Deutschen Demokratischen Partei: Geschlossene Unterstützung der Regierung soweit irgend möglich — ernsthafte Mitarbeit, statt fruchtloser Opposition — liberale, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragende innere Politik! Ständen alle Deutschnationalen und Volksparteier auf diesem Standpunkt, dann wäre der nichtsozialdemokratische Teil des deutschen Volkes nicht in drei Parteien gespalten, die sich gegenseitig bekämpfen. Bei einem Zusammenschluß des Bürgertums nach rechts entsteht eine unüberwindliche Mauer nach der sozialdemokratischen Seite hin, deshalb muß dieser so notwendige Zusammenschluß nach links erfolgen. Statt sich dieser Einsicht zu schließen, assistiert man weiter gegen die Deutsche Demokratische Partei, die seit 1918 nach dem von Kardorffschen Rezept arbeitet. D. Red.)

Das künftige Landessteuergesetz. Der Steuerauschuß der Nationalversammlung erledigte den Entwurf des Landessteuergesetzes in zweiter Lesung. Angenommen wurde ein Antrag, wonach die Länder und Gemeinden an dem Ertrag der Reichseinkommensteuer und der Körperschaftsteuer mit zwei Dritteln des Aufkommens beteiligt werden. In der Fassung der ersten Lesung kam lediglich die Reichseinkommensteuer dafür in Betracht.

Vorbereitung der Kriegsprozesse. Zwei Gelegenheitsurteile für die notwendig werdende Erweiterung des Reichsgerichts und ebenso für Übertragung der Verdichtung zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens vor der Reichsanwaltschaft auf das Reichsgericht werden Anfang März der Nationalversammlung vorgelegt werden, die die Prozesse vor dem Reichsgericht möglich machen sollen.

190 000 Gefangene aus Frankreich zurückgeführt. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß seit dem 20. Januar insgesamt 190 000 Mann, darunter über 4300 Offiziere, aus den Gefangenenlagern in Frankreich zurückgeführt sind. Der Abtransport vollzieht sich andauernd in regelmäßiger Weise.

Wunsch Deschanel's beim König von Spanien. Der neue Präsident der französischen Republik, Deschanel, wird nach Madrider Meldungen demnächst entweder in Madrid oder in Bordeaux mit dem König von Spanien zusammentreffen. Der Begegnung wird große politische Bedeutung beigegeben.

Frankreich und die Rheinregion. Von militärischer Seite in Frankreich wird versucht, die Forderung nach der französischen Rheinregion zu einer nationalen Aufgabe zu entwickeln. Jetzt hat die Agitation dafür auch nach Elsaß-Lothringen übergriffen und die in Paris gegründete Vereinigung für diese Zwecke schließlich, liberale Ortsvereine zu bilden. General Foch hat das Protektorat, das man ihm übertragen wollte, aus politischen Gründen abgelehnt, weshalb nun dafür ein anderer General gesucht wird.

Ungarn fordert völlige Aenderung der Bedingungen. Die ungarische Friedensdelegation hat den letzten Teil ihrer Gestandensätze zu den Friedensbedingungen überreicht. Wie Ulbricht meldet, verlangen die Ungarn die Revision sämtlicher territorialen Klauseln, die die Grenzen von Südbanien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei betreffen.

Die Französisierung des Saargebietes. Weitere Großindustrie Werke sind im Saargebiet in französische Hände übergegangen. Man beziffert den Wert der von Franzosen im Januar bis Mitte Februar erworbenen Objekte auf über dreißig Millionen Mark.

Das Klassenwahlrecht in Sowjetrußland. Die Petersburger Zowetia veröffentlicht die neuen Bedingungen für die nächsten Sowjetwahlen. Nur Arbeiter beiderlei Geschlechts und jeder Nationalität über 18 Jahre dürfen wählen. Die Arbeitgeber und überhaupt alle die von der Arbeit anderer leben, oder die ohne Arbeit von Renten existieren, genießen kein Stimmrecht.

Französischer Meuchelmord an Gefangenen.

Antikriegs zur Auslieferungstrage. Die Familie des Kirchenbuchführers R. in Dresden hat folgenden Brief eines Franzosen erhalten:

... den 7. Dezember 1919. Mein Herr! Die Verhältnisse zwingen mich, Ihnen einige Tatsachen mitzuteilen, die auf Bäume steigen. Der Loch ist hier in S. Vogelfrei. Man knallt hier auf den Straßen, wenn man einen entwichenen P. G. ansieht. Ich berichte, wie ich es nach den eingezogenen Erkundigungen — soweit das möglich ist für meine Person — erfahren habe. Die ganze Woche lief nach dem P. G., der abend die Stadt passierte, acht Schuß fielen, keiner traf, man sah ihn doch und ließ seine Wut aus, indem man seine Schärpe mit Steinen bearbeitete. Der Sanitäter P.W. mußte ihn verbinden, dann kam er ins Lazarett.

Doch was geschah am 2. Dezember? Im deutschen Lazarett sind drei deutsche Ärzte stationiert. Der eine, ein Assistenzarzt aus Dresden in Sachsen, namens Buleger, war kranklich und wohnte im französischen Hospital. Er hatte die schriftliche Genehmigung (Erlaubnis), im Lazarettgarten in der Nähe des Friedrichsplatzes zu gehen. Täglich ging er dort nachmittags von 2 bis 3 Uhr spazieren. Am 1. Dezember kamen 2 Korporale von der Bewachung der hier stationierten P. G. Kompanie und fragten ihn, warum er spazieren gehe, außerhalb des Hospitals. Der Arzt gibt ihnen zur Antwort, daß er schriftliche Erlaubnis habe. Sie glauben's nicht und man geht zum französischen Bureau, wo der französische Chefarzt den Korporalen mitteilt, daß der P. G. im Rechte ist. Am nächsten nachmittags 2 Uhr wird der Arzt auf seinem gewohnten Spaziergang im Garten aus dem Gintertal erschossen.

Vorgang: Ungefähr 300 Meter vom Tatort entfernt ist ein Teil des Güterbahnhofes Quais, wo auch kleine Abteilungen P. G. arbeiten, die von Posten bewacht werden. Am Vormittag des 2. Dezember kommen die zwei Korporale auf den Bahnhof und sprechen mit den dortigen Posten und weisen und zeigen nach dem Garten des Hospitals. Die P. G. haben alles beobachtet, aber nicht viel darauf gegeben. Nachmittags kurz nach 2 Uhr wirft sich der Posten auf das Gleis hin, legt an und schießt hinüber nach dem Garten. Augenblicklich danach fällt der zweite Schuß. Befriedigt steht der Posten auf. Die P. G. wissen jetzt, was geschehen ist, sie kennen den täglichen Spaziergang des Arztes. Der liegt mit Brustschuß tot am Boden. Zwei ganz in der Nähe, auch im Garten beschäftigte Kloster-Schwester springen hinzu; auch ein P. G. — Die ausgestragten P. G. und auch einiges Zivil nehmen beauftragten und bezahlten Auftrag — Mord an, da es nicht Aufgabe des Postens war, den weit entfernten Garten, sondern die arbeitenden P. G. zu beaufsichtigen. Auch gab es keine Warnung usw. — Was mögen die Angehörigen über den Tod des Ermordeten erfahren haben? Dieser Fall hat viel Ähnlichkeit

Am Weg und Ziel.

Originalroman von Margarete Wolff-Meeder. 37. Fortsetzung.

„Am ... Ja ...“ Er legte den Brief auf den Kleinen Tisch, der zwischen den Damen stand, und nahm den Blumenkorb mit beiden Händen hoch, um nun die Kasette in die duftenden Wellen zu stecken. Seine Lider aber blieben gesenkt.

„Von wem?“ fragte der neugierig herbeigekommene alte Wiedenkamp, indem er mit seinem dünnen, spigen Zeigefinger auf die Blumen hinwies.

„Von Fräulein Ollmann“, entgegnete Inge.

„Von der?“ Der Alte machte ein Gesicht, als habe er soeben etwas ganz Unglaubliches gehört.

„Sieh, wie nett“, meinte der Kommerzienrat, der nun auch neben dem Blumenkorbe stand.

„Ja, nicht wahr, Papa?“ ... „Leberecht“, Inge wendete den Kopf ihrem Verlobten zu, der hinter ihren Sessel getreten war und beide Hände auf ihre Schultern gelegt hatte, „in Berlin wollen wir uns der Damen ein wenig annähmen.“

„In Berlin? ... Ah so ... Ja ...“ Inge hörte schon, die Damen wollen dahingehen ...“ heuchelte er erkannt, hielt aber die Lider immer noch so tief gesenkt, daß sie das Licht in seinen Augen verdeckten.

„Fräulein Ollmann will sich zur Materin ausbilden. Ich freue mich, daß ich gleich jemanden aus dem Resten hier da haben werde“, meinte Inge, die noch immer den Kopf gewendet hielt und auf einen Blick aus Leberechts Augen wartete.

Jetzt ging es wie ein Ruch durch seinen ganzen Körper. „Das richte ein wie du willst.“ Er setzte sich auf die Seitenlehne des Sessels, griff nach ihren beiden Händen und befehlte sie in den seinen. Und nun hoben sich auch seine Lider.

Aber Inge konnte sich diesen Blick voll beunruhigten Lebens nicht erklären.

„Meine liebe Tochter, wird das auch ein passender Umgang für dich sein?“ fragte der alte Wiedenkamp.

Da erstarrte sich Inge wieder und verteidigte Jemingard Ollmann, aber sie fand heute bei ihrem Verlobten keine Unterstützung. Er verhieß sich vollkommen schweigsam.

„Loh jetzt wandte sie sich direkt an ihn. „Ich erhielt gestern Fräulein Ollmanns Besuch und verbrach, ihn zu erwidern. Da machen wir ihr nun gleich unsere Brautostie, nicht wahr?“

„Er nickte. „Wie du willst.“ Und nun senkten sich seine Lider wieder und behüllten von neuem den Blick seiner Augen.

Ernst Ulbrecht, der sich in die neueste Berliner Zeitung vertieft hatte, rief jetzt dazwischen. „Leberecht, höre mal. Komme doch einmal her.“

Und Leberecht Wiedenkamp folgte sehr eifrig dem Rufe, und auch die beiden andern Herren wendeten ihr Interesse bald den Zeitungsnachrichten zu.

Bu den Damen gefielte sich auch Frau Halben. Sie war bisher durch allerlei wirtschaftliche Verpflichtungen fern gehalten; denn es galt für das morgige Verlobungsdiner, zu dem verschiedene Gäste erwartet wurden viel zu besorgen. „Ja, ja“. Frau Tina schüttelte den weißen Kopf, Verlobung und Hochzeit brachten allemal Unruhe ins Haus. Sie wußte noch, wie das in ihrem Elternhause gewesen war, damals, als sie sich verlobt hatte. Mit welchem Lächeln um den Mund und warmen zurücksehenden Augen erzählte sie vor jenen längst verklungenen Tagen. Daran knüpfte sie Blitze in die Zukunft hinaus, an des Sohnes Brautstand und Hochzeit. Und Inge redete von ihren Aussteuerfragen dazwischen.

Und einmal trafen sich die Blitze der Verlobten über die Köpfe der anderen hinweg. Inge erkannte einen gequälten Ausdruck auf Leberechts Gesicht und nickte ihm beruhigend zu. Und als sie etwas später Abschied nahmen, flüsterte sie: „Nicht wahr, bu hast auch Angst vor dem Jubel und Trubel. Und wirst erst froh sein, wenn das alles vorüber ist.“

Er nickte. „Ja, wahrhaftig Inge. Wenn wir uns nur erst in ein stilles, eigenes Heim hineingerettet hätten.“ Er küßte und umarmte sie nochmals innig.

In der Stadt wurde tagelang von dieser Verlobung gesprochen. Hören Sie mal, wissen Sie schon, der vom Wiedenkamp und die aus dem Bernsteinhause haben sich verlobt, hieß es gewöhnlich bei den Herren. Und dann und wann machte einer ein schlaues Gesicht, weil er etwas von dem vielen russischen und deutschen Gelde, das der Hindenberg seiner Tochter mitgab, wußte, ein anderer legte seine Weisheit nur in das eine Wort Geldsack und dazu rämpfte er die Nase. Die Damen aber schüttelten samt und sonders die Köpfe: Nein, diese Verlobung. Man hatte mehr erwartet. Daß Ingeborg Hindenberg 28 Jahre alt geworden war und nun doch nicht auf einen der feudalen Herrenknechte in der Umgegend einzugehen sollte, das wollte keiner einleuchten.

Trotzdem aber ergoß sich ein ungeheurer Blumen- und Kartensegen in das Bernsteinhaus. Inge betrachtete darüber an Leberecht nach Berlin; denn er hatte sich gleich nach dem Verlobungsdiner zu seinen Geschäften zurückbegeben.

Aber am Sonnabend nachmittags kam er wieder und am Sonntag fing das junge Paar an, seine Besuche zu machen. Inge hatte eine lange Liste aufgestellt. Man kam aber nicht halb so weit, wie man wollte.

„Nächste morgen mit einem etwas späteren Zuge zurück, Leberecht“, bat Inge daher. „Ich möchte so schrecklich gerne, daß wir wenigstens noch im Apothekerhaus vorsprechen.“

„Na, wenn's denn einmal sein muß, meinnetwegen.“ „Du machst aber eine zu schrallische Armenländermiete“, lachte sie.

Er legte den Arm um sie und schritt ein wenig schneller mit ihr über die Wege des Parks, in dem sie sich, es war nach dem Mittagessen, gerade ergingen. „Was hast du nur, Leberecht?“ Sie sah ihn forschend an.

Er lachte und fuhr mit der Hand über das Gesicht. „Nichts.“

Aber seine Lippen bebten von der zurückgehaltenen Weisheit.

(Fortsetzung folgt.)

mit dem von Manheim in Berlin. Die Angehörigen müssen den Fall verfolgen. — Weibung bei der Regierung u. s. w.

Empfangen Sie die Versicherung meiner Hochachtung und meines Dankes.

Der Brief ist anonym. Der mit Namen genannte Vermittler, ein ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, ist bereit, den Namen des Absenders zu nennen, sowie alle unsere Kriegsgefangenen zurückzuführen und vor welcher Nachsicht geborgen sind.

Von Stadt und Land.

Aue, 23. Februar.

Bühnengesetz. Aus dem Ministerium des Innern wird mitgeteilt, daß, wie bereits bei den Bühnen im vergangenen Jahre, auch am bevorstehenden Bußtage, den 25. Februar, theatralische Vorstellungen dann stattfinden dürfen, wenn angemessene ernste Stücke gewählt werden, und daß auch ernste Konzerte veranstaltet werden dürfen.

Wegfall der diesjährigen Osterprüfungen an den höheren Schulen. Das sächsische Unterrichtsministerium will in Betracht der mehrfachen Störungen des Unterrichtsbetriebes im laufenden Schuljahre geschehen lassen, daß die diesjährigen Osterprüfungen an den höheren Schulen wegfallen.

Eingabe aus Aue an die Volkstammer. Der Hauptauschuß A der sächsischen Volkstammer wird sich mit einer Petition zu beschäftigen haben wegen Weitergewährung der Ausschulung bis zum Inkrafttreten der neuen Wehrordnung, die von dem Auer Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnverbandes eingereicht worden ist.

Gründung einer Einwohnerwehr. Zu einer dieser Tage abgehaltenen Gründungsversammlung einer Einwohnerwehr für Aue waren etwa 200 Herren erschienen. Bürgermeister Hofmann begrüßte die Erschienenen und legte kurz den Zweck der Gründung dar. Als Leiter der Wehr ist Lehrer Graupner vom Räte bestellt worden, was nach ausföhrlichen Darlegungen des Bürgermeisters gutgeheißen wurde.

Id. Jugendpflegeauschuß. Im Stadthause hielt am Sonntag der Auesche Jugendpflegeauschuß eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die geplante Aufführungs- und Protestversammlung am 1. März noch im Februar, spätestens aber in den ersten Märztagen abzuhalten. An die sächsischen Körperschaften soll eine Eingabe gerichtet werden, eine städtische Kinogenie einzuführen und überdies soll dieses Gesuch in der erwähnten Versammlung durch eine entsprechende Entschließung Unterstützung finden.

Das Brot wird noch teurer. Dem Auer Tageblatt wird geschrieben: Als die Ausmahlung des Getreides durch die Direktion der Reichsgetreidestelle mit sofortiger Wirkung auf 90 Prozent erhöht wurde, gab man sich der Hoffnung hin, mit dem Einsetzen der Qualitätsverbesserung wenigstens eine Herabsetzung des Brotpreises erzielen zu können. Die Reichsgetreidestelle hatte auch diesen Wunsch den Kommunalverbänden gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Angestelltenversammlung. Eine für Sonnabendabend von der Arbeitergemeinschaft festgesetzte Angehörigenversammlung nach dem

Angestellte einberufene öffentliche Versammlung war von etwa 500 Angestellten besucht. Als Redner war gewonnen worden Gustav Lehner vom Zentralverband der Angestellten. Im ersten Teil seines Vortrages behandelte er die wirtschaftliche Not der Angestellten. Diese sei gegenwärtig fast untragbar geworden. Die Ursache liege zum großen Teil beim Angestellten selbst, denn während die Arbeiterklasse seit langer Zeit verstanden habe, sich wirksame Waffen durch ihre Organisationen zu schaffen, durch gewerkschaftliche Schulung und Solidarität in der Lage sei, ihre Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete durchzusetzen, habe die Angestelltenklasse bis vor kurzem in ihrer Mehrheit diesen Zielen passiv gegenübergestanden, was sich jetzt räche.

Oberturnwart. Ergänzend zu unserem Bericht über die Hauptversammlung des Allgemeinen Turnvereins (D. T.) wird noch bemerkt, daß die Leitung des gesamten Turnwesens in eine Hand gelegt worden ist. Es wurde Turnlehrer Georg Lang zum Oberturnwart gewählt.

r. Bezirksverein des Sächsischen Philologenvereins. Am Sonntag nachmittag wurde in der Dörrealschule i. E. Aue ein Bezirksverein des Sächsischen Philologenvereins (S. Ph. V.), d. h. der akademisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen Sachsens gegründet. Ihm haben sich angeschlossen die Ortsgruppen Aue, Eibenstock, Schneeberg, Schwarzenberg und Stolberg i. Erzgeb. mit zusammen 64 Mitgliedern.

ra. Tarifangelegenheit. Die Volkswirtschaftliche Vereinigung für Industrie, Handel und Gewerbe des Erzgebirges, S. Aue, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter-Verbände, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Zentralverband der Angestellten haben beantragt, den zwischen ihnen — im Anschluß an den Tarifvertrag vom 6. Juni 1919 — am 19. Dezember 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen Angestellten in der Industrie — mit Ausnahme der Städterei-Industrie in den Städten Eibenstock und Schneeberg — für den genannten Berufskreis gemäß Paragraph 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1458) für das Gebiet der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 15. März 1920 erhoben werden und sind unter Nummer 3, R. 1602 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Außenstraße 33, zu richten.

Spät entdeckter Diebstahl. Einem Fleischermeister in Aue waren vor etwa einem Jahre von einem Schlitzen, der vor einer Konditorei in Lauter stand, ein Kuff mit Werten von 700 M., zwei Kameelhaardecken, zwei kupferne Wärmflaschen und eine Peitsche gestohlen worden. Jetzt erst fand die Diebe von der Gendarmerie in einem 18 und einem 19 Jahre alten Fabrikarbeiter von Lauter ermittelt worden, in deren Wohnungen die gestohlenen Sachen zum Teil noch gefunden wurden.

Schneeberg, 22. Februar. pp. Öffentliche Volksversammlung. Die vom deutschdemokratischen Verein für Schneeberg u. Umg. veranstaltete Volksversammlung erstreute sich eines zahlreichen Besuches; geleitet wurde sie vom Vereinsvorsitzenden Gymnasialoberlehrer Friedrich Redner des Abends war Landgerichtsdirektor Brodau, U. d. R. Er sprach über das Thema: Wie kommen wir zum Aufstiege? Leider verriet sich der Raummangel, auf die hochinteressanten ziemlich zweieinhalbstündigen Ausführungen des Redners hier näher einzugehen. Reicher Beifall wurde ihm gezollt. In der Aussprache ergriff das Wort der neuangewählte Bezirkschef stöleleiter der Deuts. Volkspartei, H. Frank in Aue. Seine Angriffe konnten von dem Referenten leicht zurückgewiesen werden. Als zweiter Gegner beteiligte sich Gymnasialoberlehrer Schmidt an der Aussprache. In sehr ausführlicher und interessanter Weise sprach dann noch Arbeiterretreär Weig. U. U. über das Projekt einer Bahnverbindung Schneeberg — Wauen, das schon vor etwa 80 Jahren aufstauete, aber auch in den künftigen finanziellen Zeiten des Landes nicht zur Ausführung gelangte, obwohl damals jahrzehntlang mehrere heimische Abgeordnete der maßgebenden konformativen Partei in der zweiten und ersten Kammer des Landtages sahen und eine Vodel-, eine Georgi-, eine Steiger- oder Rüdenbahn gebaut wurden. Auch die neueste Petition ist in ihrem Hauptteile von der Volkstammer wenig günstig beurteilt worden und hat bei der jetzigen Geldlage des Landes und Reiches auf unabsehbare Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung. Redner verwarnte sich gegenüber den Vorwürfen, daß er als Abgeordneter der Volkstammer zu gering für die Angelegenheit eingetreten und über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Schneeberg samt Umgebung ungenügend orientiert sei. Redner beklagte, daß ihm nicht einmal die Petition und das nötige Material zugegangen sei, daß er aber mit allen Kräften bemüht gewesen sei, für die Bahn einzutreten und jetzt wieder für die baldige Aufnahme des Kraftwagenverkehrs nach dem Vogtlande alle Hebel in Bewegung setze, leider bisher ohne den gewünschten Erfolg. Ebenso sei er für die Petition der Gemeinde Schorslau um Erbauung einer Bahn von Aue über Zschornau nach dem Vogtlande tätig gewesen. An eine Erfüllung dieser Bahnwünsche wäre auch nicht zu denken. Die Ausführungen wirkten überzeugend und wurden ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen.

Handel und Verkehr.

H. K. Handelskammertagung. Bei der letzten Zusammenkunft der sächsischen Handelskammern in Dresden wurde u. a. Stellung genommen zu der Frage der Einsetzung der Arbeitgebervertreter aus der Industrie in den vorbereitenden Reichsarbeitsrat. Die Versammlung sprach sich nachdrücklich für die Aufrechterhaltung des bei den früheren Anträgen der sächsischen Handelskammern entsprechenden Entwurfes des Reichsarbeitsrat aus, wonach die Arbeitgebervertreter der Industrie je zur Hälfte von dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Deutschen Industrie- und Handelsrat ernannt werden. Sie sprach den dringenden Wunsch aus, daß zwischen diesen beiden Körperschaften bald eine Verständigung in dieser Angelegenheit erzielt werde.

Weiter besahte man sich mit den Anträgen auf Erhöhung der sächsischen Gebühren für Zeugnisse und Sachverständige. Es wurde beschlossen, angesichts des Schwankens des Geldwertes keine festen Sätze zu empfehlen, vielmehr soll vorge schlagen werden, den Sachverständigen für ihre Leistungen die übliche, und mangels einer solchen eine angemessene Vergütung zu gewähren und für Teilnahmen an Terminen bis zu 10 M. für jede Stunde zu zahlen. Damit Kohlen für künstliche Beleuchtung gespart und zu Gunsten einer besseren Beschäftigung der Industrie freigemacht werden, wurde beschlossen, die Wiedereinführung der Sommerzeit nachdrücklich zu befürworten. Die seit langem beratenen Bestimmungen für die Vereidigung und öffentliche Bestellung von Buchrevisoren wurden endgültig verabschiedet. Sie werden nunmehr dem Wirtschaftsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden. Schließlich wurde einer Aufforderung des Wirtschaftsministeriums entsprechend beschlossen, mehrere Vertreter der sächsischen Handelskammern zu den für Anfang März in Aussicht genommenen mehrstägigen Verhandlungen des sächsischen Landes schulausschusses abzuordnen.

s. Die Erzgebirgische Bank, eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftung, Schneeberg-Neustädtel, hielt am 21. Februar im Hotel Sächsisches Haus ihre diesjährige Hauptversammlung ab, die von einundfünfzig Mitgliedern besucht war. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl von 675 auf 684 gestiegen ist und das Geschäftsguthaben der Mitglieder 814 600 M. beträgt. Die Umsätze sind auf allen Konten bedeutend angewachsen, insgesamt beträgt der Umsatz gegen 102 Millionen M., im vorhergehenden Jahre 164 Millionen Mark auf einer Seite des Hauptbuches. Nach der Vermögensübersicht sind vorhanden rund 158 000 M. Barbestand und Guthaben bei der Reichsbank, 2 800 058 M. Wechsel, 975 680 — Wertpapiere, 4 532 993 M. Kassenbestand in laufender Rechnung, 719 M. Zinsheine und Sorten, 50 000 M. Bankguthabe, 15 000 M. Mobilien. Daneben sind 4 844 493 M. in laufender Rechnung, 2 617 673 M. als Spareinlagen eingezahlt. Der Reingewinn stellt sich auf 72 135 M., wovon die Versammlung einstimmig beschloß, 21 335 M. den verschiedenen Rücklagenkonten zuzuführen, 10 235 M. Vergütung an Vorstand und Aufsichtsrat und 40 129 M. als 6 Prozent Dividende an die Mitglieder zu verteilen. Nach Vornahme einiger Statutenänderungen, wonach u. a. die Mitglieder nunmehr 200 statt bisher 100 Anteile erwerben können, wurde die Höchstgrenze der Spareinlagen und Kreditgewährung auf je 10 Millionen Mark festgesetzt. Von den ausstehenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden Rödel und Baumann wiedergewählt, wogegen für Fabrikbesitzer W. Germann Rechtsanwält und Notar Kaiser neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde.

Sächsischer Emailker- und Stanzwerke vorm. Gebr. Gühlfeld u. G. in Lauter i. Sa. Der Warengewinn in 1919 stellt sich auf 1 850 008 (1 681 196) M. Nach Abschreibungen von 328 498 (390 000) M. ergibt sich ein Reingewinn von 307 772 (872 399) M., woraus wieder 20 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Wie der Vorstand berichtet, machten sich vorübergehend Betriebs-einschränkungen nötig. Einen teilweisen, jedoch nicht ausbleibenden Erfolg bei der Aufnahme der Herstellung von Aluminiumgeschirren, in denen sich bald eine rege Nachfrage entwickelte. Die während des Krieges ausgebaute Abteilung Blech- und Schweißwerke konnte durch den plötzlichen Abbruch der Herstellung von Heeresbedarf nicht ausreichend beschäftigt werden. Die Nachfrage nach Friedensbedarf in den Artikeln dieser Abteilung ist wegen der unsicheren zukünftigen Verhältnisse noch immer gering. In das neue Jahr ist ein reichlicher Orderbestand, sowohl in Emailwaren als auch Aluminiumwaren übernommen worden.

Letzte Drahtnachrichten.

Rundgebungen der deutschen Schleswiger. Berlin, 23. Februar. In 25 Versammlungen fand gestern in der zweiten und in den Teilen der ersten Zone, die eine deutsche Mehrheit besitzen, in Flensburg eine Rundgebung der deutschen Schleswiger für die Recht statt. Außer in Flensburg wurden u. a. in Bau, Kapstadt, Tondern und Hoyer Versammlungen abgehalten. In einer Versammlung auf dem Flensburger Exerzierplatz wurde der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge, nachstehende Entschlieung angenommen: Wir Deutschen fordern unter Aufrechterhaltung unseres Protestes gegen die die Deutschen beeinträchtigenden Wahlbestimmungen als Nordgrenze eine Linie, die gleichgroße Minderheiten auf beiden Seiten läßt. Schon auf Grund des vorliegenden Abstimmungsprotokoll muß die Grenze mindestens bis zur Tvedje-Linie zurückverlegt werden. Wir fordern, daß zur endgültigen Grenzsetzung auch das Ergebnis der zweiten Zone herangezogen wird. Nur auf der Grundlage des Rechts kann eine Verständigung von Volk zu Volk erreicht werden.

Die Verteilung des Raubes. Paris, 23. Februar. Nach dem New York Herald hat die Vorkonferenz in ihrer Sitzung am Sonntagabend Frankreich, England und Südschweden vier Schimmelschiffe von der deutschen und österreichischen Marine zugesprochen. Diese Docks könnten jedoch nur für Handelszwecke benutzt werden, Frankreich jedoch hätte die zeitweilige Erlaubnis erhalten, sie zum Wiederaufbau von Unterseebooten zu verwenden. Der Vorkonferenzrat habe ferner beschlossen, daß das Schiff Rheinland, das augenblicklich in einem deutschen Hafen im Bau begriffen ist, verkauft werden soll.

Berlin, 23. Februar. Im Vorwärts wird ausgeführt, daß auch sehr breite Kreise des Mittelstandes durch die fortgesetzten wirtschaftlichen Erschütterungen bis in die Tiefen der nackten Not durchgebrochen sind. Es zeugt, sagt das Blatt, von einer geradezu eitelernen Moral, daß diese Sklaven des Hungers noch den Mut zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft durchhalten und mit ständiger Anspannung des letzten Kräftevermögens eifrig wieder hochzukommen versuchen.

Gedächtnisfeier für Webel. Berlin, 23. Februar. Bei der gestrigen Gedächtnisfeier aus Anlaß des 80. Geburtstages August Webels wurde betont, daß ihm die Einigung mehr galt als kleinliche Bedenken. Einer der Hauptvorträge Webels sei gewesen, daß ihm die glückliche Führung seiner Partei, die auf der richtigen Abwägung der eigenen und der Kraft der Partei beruhte, niemals zu Kopf stieg. Er war und wollte sein ein Sohn des Volkes, ein Weicher unter Gleichen.

Flotendemonstration. Paris, 23. Februar. Nach einer Privatmeldung des Temps aus Konstantinopel ist ein englisches Liniengeschwader, bestehend aus fünf großen Schiffen und vier leichten Kreuzern, in Konstantinopel angekommen. Diese Demonstration habe einen starken Eindruck hervorgerufen.

Wombenatentat. Kairo, 23. Februar. Am Sonntagabend früh wurde gegen den Warden von Tschewsch Pascha, der sich nach dem Wombenatentat begab, eine Bombe geworfen. Es wurde niemand getroffen. Zwei Studenten wurden verhaftet, von denen der eine zugab, das Attentat ausgeführt zu haben. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Felix Weibel.

Bellefierung der Bezirkslebensmittelkarte

in der Woche vom 23. bis 29. Februar 1920:

Mark C 1 für Kinder im 1.-4. Lebensjahre (violetter und roter Druck): 125 g amerikanische Hafennähmittle, 125 g Bowebad und 1 Päckchen Milchschokolade oder 125 g Boudingpulver.

Mark C 1 (schwarzer Druck). 125 g Weizenmehl und 250 g Suppen.

Mark C 2: 150 g Hülsenfrüchtmehl, **Mark C 4:** 90 g Schweineschmalz, **Mark C 8:** 75 g Quark, soweit vorhanden.

Verkaufshöchstpreise:

Amerik. Hafennähmittle	1,80 Mfr. für 1 Pfund
Weizenmehl	0,71 " " "
Gerstengraupen	0,75 " " "
Gerstentriebe	0,75 " " "
Gerstentriebe	1,80 " " "
Suppen	1,20 " " "
Hülsenfrüchtmehl	1,20 " " "
Schweineschmalz	11,10 " " "
Milchschokolade und Bowebad (Bakelware)	zum aufgedruckten Preise.

Außerdem werden auf Marke V 19 der Einfuhrzulasskarte für ausländisches Schmalz 50 g Kunstseifensatz zum Preise von 11,80 Mfr. für 1 Pfund und 50 g Auslandsmargarine zum Preise von 11,25 für 1 Pfund an die versorgungsberechtigte Bevölkerung einschließlich Selbstverfeger,

ferner auf Marke II 9 der Kartoffelfersafkarte nur an Kartoffelverbraucher, die sich in Wochenversorgung befinden (siehe Bekanntmachung vom 31. Januar 1920, Nr. 29 des Unser Tagesblattes)

200 g Weizenmehl zum gesetzlichen Höchstpreis abgegeben.

Das Mehl kann von den Bäckern und Mehlkleinhändlern bezogen werden.

Sollte infolge von Transportschwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe der Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfange möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Schwarzenberg, am 23. Februar 1920.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Hilfsspolizei zu Aue.

Am 26. und 27. Februar von 10 bis 1 Uhr in 3 bis 5 Uhr wird ein Werbeoffizier der sächsischen Hilfsspolizei für den Sicherheitsdienst Weibungen für den Eintritt in diesen Dienst im Stadthaus Zimmer 22 entgegennehmen.

Aue, den 23. Februar 1920. Der Rat der Stadt.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Samstag, den 20. Februar, Kollekte für Innere Mission, von 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt, im Anschluß Feiern des 1. Abendmahls: Pfarrer Lehmler. Kirchenmusik: Chorleitung: G. Seiler. Grädlich. Für zweisitzigen Kinderchor und Orgel von Steinert. Abends 8 Uhr Abendmahls-Gottesdienst: Pastor Dertel. — Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr Christlicher Bergjunger Männer.

Gemeinschaftshaus zu Aue.

Heute, Montag, abends 8 Uhr Frauerversammlung: Frau Prediger Dohse. — Samstag, abends 8 Uhr Elternabend der Sonntagsschule. Ansprache Herr K r u s e aus Lauter.

Für die uns zu unserer VERMÄHLUNG dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir, zugleich im Namen unserer Eltern herzlichst.

Otto Pankow und Frau
Trade geb. Lohse.

Aue-Klosterlein

Kröpelin i. Mecklbg.

Erzgebirgische Bank Schneeberg-Neustädte

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Vermögen Vermögens-Übersicht am 31. Dezember 1919. Einquoten:

Kasse			
Bekannt einsehlich Guthaben auf Reichsbank Giro-Konto	156 996	71	
Wechsel			
Bekannt an Wechselhelfer	2900 056	77	
Wertpapiere			
Bekannt	975 660	13	
Laufende Rechnung			
Auherstände	4682 993	03	
Zinsguthaben und Sorten			
Bekannt	719		
Grundstücke			
Bankgebäude in Schneeberg	50 000		
Mobilien			
Bekannt	16 000		
	8631 424	64	

Schneeberg, den 5. Februar 1920.

Erzgebirgische Bank Schneeberg-Neustädte.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bergmann, Straßmann, Schmidt.

Die glückliche Geburt eines gesunden Sonntags-Mädchens

zeigen hochachtungsvoll an

Apotheker Ludwig Eubel
und Frau Emma geb. Löttsch.

Oberhausen, 23. Februar 1920.

Gebr. Möbel

aller Art
aus zu guten Preisen
Möbel-Schmidt,
Am Markt, 6. Klein Laden.
Fernsprecher 507.

Briefmarken-Sammlungen

mit einzelnen alten Marken
auf zu den höchsten Preisen
Herrn Köhler, Briefmarken-
handlung, Colbitz i. Sa.

Automobil

mittelstarker Wagen,
möggl. Vier-
sitzer m. od. ohne
Gummi kaufte geg.
bar. Angebote u.
„F. 5079“ an
Rudolf Mosse,
Leipzig.

Dutery. Kinderwagen

zu kaufen gesucht.
Angebote an d. Unser Tagbl.
unter N. S. 1573 erbeten.

Prima Stücken- Neisskalk

in Stückgut- und
Ladungswagen
offizieren
Braun & Co.
Colditz i. Sa.
Fernsprecher 60.

Fabrik- grundstück

mit elektr. Licht- und Kraft-
anschluss, auch Wasserkraft, im
Erzgebirge gelegen, zu kaufen
gesucht. Angeb. unt. N. S. 1573
an Wa. Dörsen & Vogler,
Leipzig.

Schreibmaschine

mit Licht- od. unlicht. Schrift
kaufte Oscar Templer, Leipzig,
Rathausenstraße 8.

Schreibmaschine u. Kontrollkasse

National, neu oder gebraucht,
sucht K. Reiff, Teleph. 27007,
Dresden, Gensienstraße 11.

D.H.V.

Ortsgruppe Aue.
Morgen Dienstag, d. 24. Febr.,
abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal
nördlich. Versammlung.
In der Herr Bruno Kling von
der Geschäftsstelle Berlin einen
Vortrag halten wird.
Zahlreichen Besuch erwartet
der Vertrauensmann.

Achtung!!

Kammerjäger E. Winkler
trifft in kurzer Zeit ein und
übernimmt die Vertilgung
von Ratten, Mäusen,
Schwaben, Wanzen u. a.
Insekten. Bitte für Erfolg
jährliche Garantie. Bestel-
lungen nimmt entgegen die
Geschäftsstelle dieses Blattes.
Kammerjäger Winkler.

Geld, Betriebskapital, Hypotheken

an grundbes. f. d. solide Personen
lebenstandes. Grundstücks-Kn-
u. Verkaufsmittel u. bisbet durch
Ewald Schädlisch,
Aue i. Erzg. Rodauerstraße 4
Ratenrückzahlung gestattet.
erhalten folgende
Leute jeden Stand-
des (ohne Bürger)
v. 100—10 000 M.
durch Otto Adelung,
Dresden-Alstadt,
Wilsdrufferstraße 27.
Anfragen Marke beifügen.

Gelegenh. **Vegehühner**

Zwei Stämme Junge
zu verkaufen.
Hederaßeroda Nr. 10.

Dauerbrandofen

zu verl. Bahnhofstr. 17, 3.

Hautjucken — Krätze

befreit in 2—3 Tagen mein
Spezial-Mittel, 99 Ct. 50.

Offene Beine

verschwinden nach Gebrauch
von „Mutter Oberin“ Kloster-
Wundencreme, Mf. 4.00 u. 8.00.
Reinige Dein Blut
durch Blutreinigungsmittel
„Adamskorn“, Pfl. 3.00 u. 4.50.
Wie Artikel geg. Nachn. zugagl.
Dort u. Labor. Köhnenhof, Sa. 5,
Dortmund 100.

Engl. Zigaretten

Marke Federal
Goldplatt
Chesterfield
Camel
gar. reiner goldgelber Tabak
100 Stück 37 bis 44 Mf.
Zigaretten- u. Zigarettenhaus
Hermann Längen
Aue i. Erzg., Bahnhofstr. 27a.

Haararbeiten

jeber Art fertigen von einfach-
ster bis feinsten Ausführung
Stern & Gauger
Köpen- u. Perlekenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz

Ungezielter Mäuse, Ratten, Motten, Wanzen, Läuse, etc. u. Garantiert Tödtung

Am 23. Februar 1920

Saub. Aufwartung

für Kontor zum sofortigen
Antritt gesucht.
zu erst im Unser Tagbl.

Einem Böttcherlehrling sucht E. Baumgarten Schneeberger Str. 31.

Beitragesuch! Herr, 25 J., hier
fremd, wünsch auf d. Wege We-
bungslehrling od. d. Winter im
Alter v. 22—26 J. ernstl. Ang-
wögl. m. Mf. unt. N. 960 postl. Ans.

Verloren neue Schürze

Samstagabend nachts in Aue
Bahnhofstr. Weg od. Mittel.
geg. Bel. erbet. an Bel. Dähler,
Neustädtel, Wetzlarstr.

Weiche Verlenhalette

am geizigen Sonntag verloren
gegangen. Der ehrl. Finder
wird gebeten, selbige gegen So-
lohn im Unser Tagbl. abzugeben.

Schlafstelle

an solch. Herrn zu vermieten
Dfstr. 24, 1. Et. Sprechn 8—9.

Apollo-Lichtspiele Aue

Bahnhofstr. ALA Fernruf 551

Heute Montag zum letzten Male „Der Länger.“
Ein neues Genie-Problem über Ehe und Freie Liebe
in 2 Akten.

Dienstag bis Donnerstag, den 24.—26. Februar
kommt „Er“ der vielbegehrte Bruno Kastner in
dem 4 actigen Schauspiel

„Eines Mannes Wort.“
Liebespiel mit **Hanne Brinkmann** und **Bruno**
Kastner in den Hauptrollen.

Hierzu erscheint der erste Film der neuen Frauenklasse mit
der preisgekrönten Schönheit **Carola Zelle** beieitelt:

Die Insel der Glücklichen
oder: Zur linken Hand getraut.
Eine Gastspielrolle in 5 Akten.
Hauptrolle: **Carola Zelle, Paul Otto** und **Walter Gobel.**
Ein Filmwert mit prunkvoller Ausstattung
von vollendetester Schönheit.

Wochentags: 2 Abl. 2 Vorstellg. Beginn 6 u. 7 1/2 Uhr.
Preise wie bekannt.

Unser Genussmittelhalle

empfiehlt
Kieler Bücklinge
Pfd. Mt. 6.

Erste Sächs. Wäschefabrik

sucht sofort tüchtigen Expedienten. Angebote mit Ge-
haltsanprüchen unt. Nr. 223 an Rudolf Mosse, Berlin,
Schönhauert Allee 144.

Tüchtige Dreher, Matriz- u. Schnittschlosser

die schon auf Drehformen und Schnitte selbständ.
tätig waren, stellt sofort ein

Richard Reinecke, Großdubrau b. Bautzen,

Werkzeug- und Maschinenfabrik.

Welche Tischlerei od. Holzwarenfabrik

übernimmt die dauernde Lieferung von Wand-
spruch-Brettern?
Angebote unter N. S. 1579 an das Unser Tagbl.

3—5-Zimmer-Wohnung

von Kinderlosem Ehepaar per sofort oder April 1920
Angebote unter N. S. 1411 an die Geschäftsstelle d. Bl.